

## Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Absender:

An

Ministerium für Soziales, Gesundheit,  
Wissenschaft und Gleichstellung des  
Landes Schleswig-Holstein  
PG UMA 2  
Adolf-Westphal-Str. 4  
24143 Kiel

**Betr.: Förderung der Personal- und Sachausgaben von Vormundschaftsvereinen**

Bezug: Richtlinie zur Förderung von Vormundschaftsvereinen

<b>Antragstellerin/ Antragsteller</b>	
Träger:	
Anschrift:	
Ansprechpartnerin/ Ansprechpartner:	
Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	

Förderjahr: \_\_\_\_\_

Erstantrag

Folgeantrag

1. **Fördermaßnahme** (kurze, eindeutige Beschreibung, Arbeitsschwerpunkte, ggf. Anlage beifügen)

2. Die **Maßnahme** soll am \_\_\_\_\_ beginnen  
und am \_\_\_\_\_ enden.

(Bewilligungen sind nur für das jeweilige Kalenderjahr möglich.)

3. Es wird die Gewährung einer **Zuwendung beantragt** in Höhe von  
\_\_\_\_\_ Euro

<b>4. Personalausstattung</b>	
Name:	Vorname:
Entgeltgruppe (TVöD):	Besoldungsgruppe:
Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit (Stunden):	
Qualifikation:	
Name:	Vorname:
Entgeltgruppe (TVöD):	Besoldungsgruppe:
Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit (Stunden):	
Qualifikation:	
Name:	Vorname:
Entgeltgruppe (TVöD):	Besoldungsgruppe:
Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit (Stunden):	
Qualifikation:	

<b>5. Finanzierungsplan</b> (bezogen auf den Durchführungszeitraum)	
Personalausgaben	€
Personalgemeinkosten	€
Sachausgaben (bitte auflgliedern nach Büroausstattung, Reisekosten, Portokosten etc.)	€
<b>Gesamtausgaben</b>	_____ €
Beantragte Zuwendungen aus Landesmitteln	€
Eigenmittel	€
Sonstige Mittel (bitte Herkunft angeben)	€
<b>Gesamteinnahmen</b>	_____ €

<b>6. Auszahlung</b> der Zuwendung	
Die Zuwendung soll an folgende Bankverbindung geleistet werden:	
Name der Bank:	
BIC:	
IBAN:	
Verwendungszweck:	

## 7. Erklärungen

Die Antragstellerin/ der Antragsteller erklärt, von den folgenden Unterlagen Kenntnis genommen zu haben und sie – soweit es sich nicht ohnehin um allgemein verbindliche Rechtsvorschriften handelt – als verbindlich anzuerkennen:

- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung ANBest-P-
- Richtlinie zur Förderung von Vormundschaftsvereinen

Die Antragstellerin/ der Antragsteller erklärt, dass sie/er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG – nicht<sup>1</sup> – berechtigt ist. Falls sie/er zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, hat sie/er im Finanzierungsplan die sich ergebenden Vorteile auszuweisen.

Die Antragstellerin/ der Antragsteller versichert, dass die Gesamtfinanzierung des Projektes gesichert ist.

Die Antragstellerin/ der Antragsteller verpflichtet sich zur Teilnahme an Gesprächen mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, in denen u. a. die angestrebte Zielsetzung der Förderung evaluiert wird.

Die Antragstellerin/ der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben.

Dem Antrag wurden folgende Unterlagen beigefügt:

---

Ort, Datum

---

Rechtsverbindliche Unterschrift

---

<sup>1</sup> Nichtzutreffendes streichen.